

BERLINER RUNDSCHAU

Sie kämpfen für Berlin



Das „Who-is-who“ der Wahlkampf-CDU (siehe Seite 2)



**Spitzenkandidatin
Monika Grütters**
„Bildung steht bei uns
auf Platz 1“

Seite 3



**CDU-Vorsitzender
Frank Henkel**
Wir sind stolz auf
unsere Arbeit

Seite 4 und 5



**CDU-Deutschland
Wir haben die Kraft**
Für einen klugen Weg
aus der Krise

Seite 6 und 7

Bald 25.000 Mitglieder hat das „teAM Deutschland“, die freiwillige Unterstützer-Kampagne für Angela Merkel und die Union. Tendenz steigend!

P.S.: das groß geschriebene AM steht übrigens für Angela Merkel

DAS SAGEN DIE ANDEREN ÜBER SICH

„Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem, das sie rasch lösen muss, damit das Ergebnis am 27. September besser ausfällt... Wer elf Jahre in der Regierung sitzt, kann jetzt nicht so tun, als ob nur die anderen Parteien die Krise verursacht hätten.“

Franziska Drohse, Juso-Bundesvorsitzende, Frankfurter Rundschau, 19.6.2009

„Es werden Dinge versprochen, die nicht einmal dann eingehalten werden könnten, wenn wir die Wahl gewinnen. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Dinge nicht machbar. Das weiß jeder.“

Ronald Weckesser, ehemaliger Finanzexperte der Linkspartei, Tagesspiegel online, 1.6.2009

„Unser finanzpolitisches Konzept kostet 300 Milliarden Euro im Jahr. Das ist das Eineinhalbfache des Bundeshaushaltes. Das glaubt uns doch kein Mensch!“

Carl Wechselberg, ehemaliger Finanzexperte der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus, tageszeitung, 12.5.2009



„Bildung darf nicht vom Konto der Eltern abhängen“, versichert uns die nett lächelnde junge Dame auf den Wahlplakaten der SPD – hier abgebildet in einer Satiredarstellung aus dem Internet. Interessant ist dabei, dass die abgebildete Jennifer M. in Wahrheit Studentin am European Business College in Düsseldorf – einer exklusiven Privat-uni – ist, an der das Studium knapp 24.000 Euro kostet. Die Junge Union Berlin hingegen engagiert sich nicht nur tatkräftig im Wahlkampf der CDU, sondern setzt auch eigene Akzente. Mit einem eigenen Wahlkampf-Smart und einer eigenen Broschüre unterstützt sie neben der Spitzenkandidatin Monika Grütters besonders die fünf Direktkandidaten, die jünger als 40 sind.



Reaktionen nach den Wahlen vom 30. August

- „Die Sozialdemokraten drohen [...] zu einer Sekte zu geraten...“ Spiegel online vom 02.09.2009
- „Wenn ein Linksbündnis im Saarland zustande kommt, wird das auch helfen, die Hürden im Bund dafür irgendwann zu nehmen.“ Ottmar Schreiner (SPD), Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.09.2009
- „Nach Überzeugung von Linkspartei-Vize Klaus Ernst wird es über kurz oder lang zu einer Koalition mit der SPD im Bund kommen.“ Berliner Morgenpost vom 02.09.2009
- „Kanzlerkandidat Steinmeier versucht, alles und jeder zu sein, außer Frank Walter Steinmeier.“ Mathias Richling, Kabarettist, Berliner Morgenpost vom 02.09.2009
- „Dann möchte ich mal wissen, was ein schlechter Tag ist.“ Rudolf Dreßler (SPD) zu Frank-Walter Steinmeiers Kommentar „Das ist ein guter Tag für die deutsche Sozialdemokratie“ zum Abschneiden der SPD bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und im Saarland; „Menschen bei Maischberger“, Sendung vom 01.09.2009

Sie kämpfen für Berlin



Das „Who-is-who“ der Wahlkampf-CDU vom Titelbild (v.l.n.r.): Prof. Dr. Niels Korte (Listenplatz 12, WK Treptow-Köpenick), Gottfried Ludewig (WK Pankow), Dr. Christian Burholt (Listenplatz 8, WK Mitte), Dr. Frank Steffel (Listenplatz 4, WK Reinickendorf), Frank Henkel (Landes- und Fraktionsvorsitzender), Prof. Monika Grütters (Listenplatz 1, WK Marzahn-Hellersdorf), Stefanie Vogelsang (Listenplatz 3, WK Neukölln), Dr. Jan-Marco Luczak (Listenplatz 7, WK Tempelhof-Schöneberg), Ingo Schmitt (WK Charlottenburg-Wilmersdorf), Edeltraut Töpfer (Listenplatz 9, WK Lichtenberg), Bernd Krömer (Generalsekretär), Kai Wegner (Listenplatz 5, WK Spandau / Charlottenburg-Nord), Vera Lengsfeld (Listenplatz 6, WK Friedrichshain / Kreuzberg / Prenzlauer Berg), Karl-Georg Wellmann (Listenplatz 2, WK Steglitz-Zehlendorf)

Monika Grütters: „Bildung auf Platz 1“

Zum Ende der Ferien und damit zum Beginn der heißen Wahlkampfphase lud die CDU Berlin zum offiziellen Wahlkampfauftritt. Zusammen mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Frank Henkel stellte Monika Grütters, Spitzenkandidatin der CDU für die Bundestagswahlen, die nominierten Kandidaten in den Berliner Wahlkreisen und die thematischen Schwerpunkte der Berliner CDU im diesjährigen Wahlkampf vor.



„Wir haben ein starkes Team, und ich gehe davon aus, dass wir bei den kommenden Wahlen ein Mandat mehr erringen können, als bei den letzten Bundestagswahlen“, so Monika Grütters. Die optimistische Grundstimmung in der Partei zum Ausdruck brachte auch das Kandidatenvideo der CDU Berlin, in dem sich die Kandidatinnen und Kandidaten den Bürgerinnen und Bürgern vorstellen. Monika Grütters machte deutlich, dass die CDU in Berlin einen Wahlkampf führen will, der auf Inhalte setzt. „Die Union, die in Berlin wieder als stärkste Kraft aus den Europawahlen hervorgegangen ist, wird auch im Bundestagswahlkampf die katastrophale rot-rote Bilanz thematisieren und die Schwächen des kopf- und konzeptlosen Senates offenlegen“, sagte die Spitzenkandidatin der Hauptstadt Union. So habe sich die unionsgeführte Bundesregierung Berlin gegenüber in der Vergangenheit solidarisch gezeigt und die Stadt überproportional gefördert. „Allein in den Bereichen Kultur und Wissenschaft hat der Bund für die nächsten Jahre Zuwendungen in Milliardenhöhe fest zugesagt. Berlin mit seinem desinteressierten Regierenden Bürgermeister zeigt sich jedoch undankbar und enthält sich im Bundesrat selbst dann der Stimme, wenn es von Entscheidungen wie beim Konjunkturpaket II mit über 600 Millionen Euro profitiert.“

Diese Anti-Haltung zeige leider in der Bildungspolitik des Senates seine schlimmsten

Auswirkungen: „Der Bund unternimmt mit Hochschulpakt und Exzellenzinitiative große Anstrengungen, um die Bildung unserer Kinder zu verbessern. Diese vielversprechenden Ansätze werden vom Berliner Senat konsequent torpediert. Unter den Bildungsideologen Wowerit und Zöllner wird die Leistungsfeindlichkeit zur Maxime: Statt mehr Gymnasiumsplätze zu schaffen, setzt der rot – rote Senat beim „Schülerlotto“ auf willkürliche Gleichmacherei. Statt den Elternwillen zu berücksichtigen, wird der Zwang zur Einheitsschule propagiert. Statt den Konsens zu suchen, peitscht der Senat aus Angst vor berechtigtem Wählerzorn eine unausgegrenzte Schulreform durch die Instanzen. Das alles ohne Rücksicht auf die Leidtragenden, die tüchtigen Kinder dieser Stadt.“

Vor diesem Hintergrund sei es kein Wunder, so Monika Grütters, dass Berlin auch in den aktuellen Bildungsrankings immer noch auf dem letzten Platz stehe. „Die Vision des Bürgermeisters für Berlin erschöpft sich im abgegriffenen „arm aber sexy“. Die Stadt irgendwann ein bisschen weniger arm zu machen, ist alles, was der Senat zu bieten hat, und das ist wirklich ein Offenbarungseid.“ Andere Länder mit ähnlichen finanziellen Problemen schafften es, wenigstens in Sachen Schule zur nationalen Spitzengruppe zu gehören. Sie seien noch arm, aber schlau und hätten deswegen Perspektive. „Auch zur Bundestagswahl werden wir Bildungsthemen stark machen, damit Wowerit und Co. gestoppt werden. Ihre Zeit muss ablaufen, damit für Berlin wieder gute Bildungszeiten anbrechen können“, schloss die Spitzenkandidatin der CDU Berlin.



DIE ALTERNATIVEN SIND JETZT KLAR

Seit dem „Superwahntag“ ist neue Bewegung in die Politik gekommen. Plätscherte bis dahin der Bundestagswahlkampf eher vor sich hin und galt die Wahl als schon entschieden, wissen wir nun, dass wir in den letzten Wochen im Wahlkampf noch eine Schippe drauflegen müssen.

In erster Linie gilt es, gerade unsere Wählerklientel zu mobilisieren. Nur wer zur Wahl geht, kann dafür sorgen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Wer nicht wählt, wählt rot-rot-grün. Lassen Sie sich nichts vormachen, die SPD wird keine Sekunde zögern, mit Gysi und Lafontaine zu regieren, wenn es eine Mehrheit gibt. Die erfolglose Sozialdemokratie, die vielerorts gar keine Volkspartei mehr ist, will eine andere Republik organisieren. Es ist doch völlig absurd, sich zum großen Wahlsieger zu erklären, wenn man etwa in Sachsen mit 10 Prozent nur noch ganz knapp drittstärkste Partei geworden ist. Deshalb gilt es, wachsam zu bleiben.

Gerade wir in Berlin wissen, was Rot-Rot bedeutet: keine Inhalte, keine Konzepte, Schlusslicht in der Bildung und der Wirtschaft, Chaoten, die fast ungehindert allnächtlich Autos abfackeln. Einen Exportschlager wollen wir daraus nun wirklich nicht machen.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten machen alle einen tollen Wahlkampf mit ganz unterschiedlichen Akzenten. Eine Großstadt wie Berlin mit vielen unterschiedlichen Milieus braucht auch ganz unterschiedliche Antworten. Nur eins ist sicher: wir wollen am 27.9. stärkste politische Kraft in der Hauptstadt werden und möglichst viele Direktmandate holen. Denn die Alternativen sind jetzt klar: Stabilität für Deutschland unter Angela Merkel oder unsichere politische Experimente.

CDU-Chef Frank Henkel: „Wir können stolz sein auf unsere Arbeit“

Wenige Tage vor der Bundestagswahl hat Berlins CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender Frank Henkel erneut vor einen rot-roten Konstellation auf Bundesebene gewarnt. Die Hauptstadt-Union wolle ihren Beitrag dazu leisten, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt.

Es sei deutlich, dass die Menschen der Union am meisten vertrauen, Deutschland aus der Krise zu führen, so Henkel. Dieses Vertrauen schlage sich auch in Zahlen nieder. Die Union liegt in Umfragen deutlich vor der SPD, SPD-Spitzenkandidat Steinmeier weit abgeschlagen hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aus der Europawahl ist die Union sowohl im Bund als auch in Berlin als stärkste Kraft hervorgegangen. Henkel: „Wir wollen diese Führungsrolle bei der Bundestagswahl bestätigen.“ Die Berliner CDU habe für den 27. September ein starkes Team mit starken Kandidaten.

Rot-Rot kann kein Modell für den Bund sein

Der CDU-Chef formulierte dabei einen klaren inhaltlichen Gestaltungsanspruch der Union: „Wir wollen, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgeht. Wir stehen für Arbeitsplätze, starke Familien und gute Bildung.“ Gleichzeitig gelte es, eine rot-rote Koalition auf Bundesebene zu verhindern. SPD-Spitzenkandidat Steinmeier habe deutlich gemacht, dass er auf eine Trendwende mit rot-roten Regierungsbeteiligungen in den Ländern setze. Es gebe keinen Grund, warum das im Bund anders sein solle, erklärte Henkel. „Steinmeier setzt aus purer Verzweiflung auf diese Karte. Jetzt ist endgültig klar, dass es ihm nur um Macht geht, notfalls zusammen mit den Kommunisten.“

Henkel: „Deshalb gilt: Jede Stimme für die Union ist eine Stimme gegen Rot-Rot-Grün. Das rot-rote Modell ist in Berlin gescheitert, wie die Menschen hier jeden Tag erfahren müssen. Anstieg linker Gewalt, Schülerlotterie, Wirtschaftsfreundlichkeit und Armut dürfen keine Exportschlager für unser ganzes Land werden.“

„Wir sind der Motor der Opposition“

Ein Jahr nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden zog Henkel auch in der Landespolitik eine positive Bilanz: „Wir können stolz sein auf unsere Arbeit in den vergangenen Monaten. Wir sind der Motor der Opposition.“ Die Partei habe sich zu allen relevanten Themen klar positioniert und eigene Konzepte vorgelegt. Die Berliner



CDU wolle mit Blick auf 2011 für eine bürgerliche Erneuerung der Stadt kämpfen und sich weiter mit konstruktiven Vorschlägen einbringen. In den kommenden Wochen stünden vor allem die Haushaltsberatungen und die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst an. Darüber hinaus werde die Union ihren Fokus weiterhin auf eine Politik legen, die Wirtschaftswachstum und

Arbeitsplätze schafft. Henkel: „In Berlin fehlen laut DIW-Studie 90.000 Industriearbeitsplätze. Wir wollen eine moderne, zukunftsorientierte und ökologisch nachhaltige Industrie. Der Senat hat hierfür kein Konzept. Wir hingegen haben unsere Forderung mit konkreten Inhalten unterlegt, z.B. durch ein umfassendes Modell für die Nachnutzung des Flughafens Tegel. Hier könnte

„Ich will mich nicht damit abfinden, dass ein Drittel der Kinder in unserer Stadt in Armut leben. Damit diese Armut nicht ein Leben lang zementiert wird, brauchen wir Bildungschancen für alle.“

Mit der rot-roten Schulstruktureform würde dieses Ziel jedoch nicht erreicht, kritisierte der Landesvorsitzende. „Die Schulen sind nicht auf die Reform vorbereitet. Es reicht nicht aus, nur das Klingelschild zu ändern und die Probleme zu fusionieren.“ Die leistungsfeindliche Schülerlotterie werde zudem von nahezu allen Berlinerinnen und Berliner abgelehnt.

Henkel kündigte weiteren Widerstand gegen die Reform an: „Wir sind die Stimme der Eltern und Schüler gegen eine Abschaffung der Gymnasien und die rot-rote Schülerlotterie. Ich finde es unglaublich, dass der Bildungserfolg von Kindern nicht mehr von Leistung, sondern vom Zufall abhängen soll. Das ist im höchsten Maße unsozial. Die SPD diskutiert über Gebäude und Strukturen, wir wollen über Förderung und Leistungsgerechtigkeit reden.“ Der CDU-Chef verwies dabei auf seinen Vorschlag, einen überparteilichen Bildungsgipfel abzuhalten. Das hätte die Chance geboten, die notwendige Reform zunächst unter Einbeziehung von Experten und Betroffenen breit zu diskutieren, um dadurch am Ende eine parteiübergreifende Konsenslösung herbeizuführen.

Wowereit vor dem Absprung

Auch wenn Zöllner diesen Vorschlag abgelehnt hat, setzt Henkel weiterhin auf einen überparteilichen Konsens, sagt aber auch: „Wir werden im Abgeordnetenhaus keiner Reform zustimmen, die ohne pädagogisches Konzept daherkommt, die Probleme fusioniert, die Losglück belohnt und Leistung bestraft.“

Henkel zeigte sich zuversichtlich, dass sich der inhaltliche Kurs der Union in Zukunft auszahlen werde. In Umfragen liegt die Opposition aus CDU, Grünen und FDP bereits jetzt 17 Prozentpunkte vor der Regierungskoalition.

Henkel: „Rot-Rot ist inhaltlich am Ende. Es gibt keine Ideen mehr, mit denen man sich intellektuell auseinandersetzen könnte. Das ist lustloses Aussitzen der Probleme. Klaus Wowereit ist längst auf dem Sprung in die Bundespolitik, anders lässt sich sein Desinteresse an der Stadt nicht erklären.“

Europas ökologischster Industriepark entstehen, mit einem hohen Anspruch an Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.“

Nein zum rot-roten Schülerlotto

Weitere Schwerpunkte liegen laut CDU-Chef Henkel auf der Bildungs- und Familienpolitik.

NICHT VERGESSEN

„Wowereit völlig abgehoben!“ (BILD, 07.02.2009)

„Wowereit und die **Arroganz der Macht**“ (Berliner Morgenpost, 06.02.2009)

„Klaus Wowereit (SPD), der gleich absoluten Potenzen gerne von sich in der dritten Person als ‚der Regierende Bürgermeister‘ spricht [...]“ (taz, 04.02.2009)

„**Er will ganz nach oben** – dabei hat er noch nicht einmal die Probleme Berlins im Griff.“ (BILD, 08.02.2009)

„In jüngster Zeit häufen sich die Vorwürfe, dass er sich zu viel um die **Party-Kultur** und zu wenig ums Regieren in der Hauptstadt kümmert.“ (BILD, 08.02.2009)

„**Ein mageres Butterbrot** gegen die fetten 350 Millionen Euro Investitionen und 1000 Arbeitsplätze, mit denen US-Geschäftsmann Ronald S. Lauder beim Senat abblitzte...“ (B.Z., 08.02.2009 zu der Entscheidung Wowereits, den stillgelegten Flughafen Tempelhof für die nächsten zehn Jahre an die Modemesse „Bread & Butter“ zu vermieten)

„**Jedes Unternehmen würde pleitegehen**, wenn es 30 Prozent seiner Stellen verlor, jede Partei würde, bei Besetzung von 30 Prozent ihrer Mandate per Losverfahren, im Abgrund verschwinden, jede Sportmannschaft, jedes Theater, jedes Forschungsinstitut würde scheitern, nun soll es den Gymnasien so gehen.“ (Der Tagesspiegel, 28.06.2009)

„**Das ist Gleichmacherei zulasten der Kinder**: der am Gymnasium überforderten ebenso wie jener, die wegen der Losquote ohne Chance sind, nach ihren Talenten beschult zu werden.“ (Der Tagesspiegel, 11.06.2009)

Landeselternausschuss Berlin: „Die Berliner Bildungspolitik wird durch **Ideologie geprägt** und nicht durch Vernunft.“ (zitiert nach: www.bildungsklick.de, 11.06.2009)

„Die Linke will **eigentlich** eine Gemeinschaftsschule für alle und **Gymnasien ganz abschaffen**.“ (SPIEGEL online, 09.06.2009)

„**Das ist wie bei Sexualdelikten**: Ist die Frau erst mal ausgezogen und vergewaltigt, dann fällt es anderen leichter, auch mitzumachen. Jeder hat mal Grenzüberschreitungen versucht, ich auch.“ (Ehrhart Körting, BILD-Zeitung, 02. Mai 2009)

„Gelegenheit macht Diebe, Gelegenheit macht Vandalismus. Man sollte als Besitzer teurer Karossen **nicht provozierend parken**, sondern am besten gut sichtbar.“ (Ehrhart Körting, Berliner Morgenpost, 14. Juni 2008)

„**Für die meisten ist das eine Phase**, damit sie später, wenn sie Ärzte oder Rechtsanwälte sind, ihren Kindern sagen können, sie haben auch mal einen Stein geworfen...“ (Ehrhart Körting, Berliner Morgenpost, 09. Juni 2008)

Darum sollte vor allem Berlin die CDU wählen



WIR HABEN DIE KRAFT

Der diesjährige Bundestagswahlkampf findet in einem außergewöhnlichen Umfeld statt. Durch die internationale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in der schwersten wirtschaftlichen Lage seit ihrer Gründung. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt, warum es gerade in schwierigen Zeiten wichtig ist, dass die CDU Regierungsverantwortung trägt.

„In einer Zeit einzigartiger Herausforderungen sind ein klarer politischer Kompass, Vernunft, Augenmaß und Liebe zu unserem Land gefordert“, erklärt die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende im Hinblick auf die derzeitige Krise. „Deshalb ist es wichtig, dass die CDU auch weiterhin die Regierungsverantwortung in Deutschland trägt. Das ist schon immer gut für unser Land gewesen“, unterstreicht Merkel – ob in den Gründerjahren der Republik, in denen Deutschland unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard (beide CDU) ein beispielloser Aufstieg gelungen sei, oder 1989, als es gegolten habe, die Chance zur Wiedervereinigung zu ergreifen und die Deutsche Einheit zu gestalten. Auch heute habe die Union mit ihrem Regierungsprogramm den richtigen „Fahrplan“, um Deutschland gestärkt aus der Krise herauszuführen, so Angela Merkel. „Die Union steht für den richtigen Dreiklang aus Haushaltskonsolidierung, Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Wir werden so die Voraussetzungen für neues Wirtschaftswachstum schaffen und damit auch die Zukunft für stabile soziale Sicherungssysteme“, erläutert die Bundeskanzlerin.

Schwerpunkt für CDU und CSU sei die Stärkung der Mitte der Gesellschaft, insbesondere von Familien mit Kindern, die Entwicklung Deutschlands zur „Bildungsrepublik“ sowie eine nachhaltige Politik. „Damit schaffen wir die Basis für einen neuen Aufschwung“, ist sich Merkel sicher. Als großer Vorteil in der Krise erweist sich die nachhaltige Politik, die die CDU-geführte Bundesregierung in der Vergangenheit betrieben hat. „Wir haben die Arbeitslosigkeit vor Beginn der Krise von fünf Millionen auf unter drei Millionen gesenkt und 2007 erstmals seit nahezu vier Jahrzehnten gesamtstaatlich wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreicht“, erklärt die Bundeskanzlerin. Darüber hinaus habe die Bundesregierung die Schuldenbremse

eingeführt, die Rentenversicherung konsolidiert, in Bildung und Forschung investiert und Familien mit Kindern gezielt gestärkt. „Durch diese nachhaltige Politik haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Bundesregierung entschlossen und mit umfangreichen Maßnahmenpaketen den Kampf gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise aufnehmen konnte“, so Merkel. „Wir haben bis jetzt schon viel geschafft. Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam dafür arbeiten, dass unser Land in eine gute und sichere Zukunft geht“, appelliert die Bundeskanzlerin an die Wählerinnen und Wähler. „Wir haben die Kraft, für Deutschland noch viel zu erreichen!“



Dr. Angela Merkel

- ☞ * 17. Juli 1954 in Hamburg als Angela Dorothea Kasner, aufgewachsen in Templin (Uckermark)
- ☞ evangelisch; verheiratet
- ☞ ein Bruder (Marcus, * 1957) und eine Schwester (Irene, * 1964)
- ☞ 1973 – 1978 Studium der Physik in Leipzig
- ☞ 1978 – 1990 Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften in Ostberlin
- ☞ 1986 Promotion zum Dr. rer. nat. mit einer Dissertation über die Berechnung von Geschwindigkeitskonstanten von Reaktionen einfacher Kohlenwasserstoffe

- ☞ 1989 Beitritt zum „Demokratischen Aufbruch“
- ☞ 1990 CDU-Beitritt, stellvertr. Sprecherin der ersten frei gewählten Regierung der DDR
- ☞ seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; Wahlkreis: Stralsund, Rügen, Nordvorpommern
- ☞ 1991 – 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend
- ☞ 1994 – 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- ☞ 1998 – 2000 Generalsekretärin der CDU Deutschlands
- ☞ seit 2000 Vorsitzende der CDU Deutschlands
- ☞ 2002 – 2005 Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- ☞ seit November 2005 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

Ein starkes Team für Berlin

1 Prof. Monika Grütters

Die Spitzenkandidatin der CDU Berlin für die Bundestagswahl 2009 und stellvertretende Landesvorsitzende mit herausgehobener Funktion ist seit vier Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages. Für die 47-Jährige steht das Thema Bildung auf Platz 1. Durch Bildung möchte Grütters zentrale Werte vermitteln und Chancengerechtigkeit schaffen. Grütters tritt als Direktkandidatin für den Wahlkreis Wuhletal an.

2 Karl-Georg Wellmann

Der 56-jährige Rechtsanwalt und Notar errang bei der Bundestagswahl 2005 ein Direktmandat für seinen Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf und tritt auch 2009 als Direktkandidat an. Wellmann ist seit 2005 Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages und stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss. Der dreifache Familienvater setzt sich dafür ein, dass die Stärken Berlins nach außen wieder besser zum Tragen kommen und Berlin Drehscheibe zwischen Ost und West wird. Wellmann belegt Platz zwei der Landesliste für die Bundestagswahl 2009.

3 Stefanie Vogelsang

Die 43-jährige Mutter von zwei Kindern kandidiert als Direktkandidatin der CDU im Wahlkreis Neukölln. Mit ihrer langjährigen Erfahrung als Sozialstadträtin will Vogelsang die Abgeordneten des Deutschen Bundestages insbesondere für Probleme hinsichtlich Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Integration sensibilisieren. Die Neuköllnerin befindet sich an dritter Stelle der Landesliste.

4 Dr. Frank Steffel

Der Diplom-Kaufmann und Doktor der Wirtschaftswissenschaften ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU Berlin und Direktkandidat für den Wahlkreis Reinickendorf. Als Präsident der Reinickendorfer Füchse ist Steffel bereits der Aufstieg in die erste Liga des Handballs gelungen, nun möchte er die „Bundesliga“ der deutschen Politik erreichen. Steffel will vor allem seine Erfahrungen als mittelständischer Unternehmer in die Bundesgesetzgebung einbringen. Der 43-jährige Ur-Reinickendorfer ist auf Platz vier der Landesliste vertreten.

5 Kai Wegner

Der Spandauer Wirtschaftsfachmann ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und tritt erneut als Direktkandidat im Wahlkreis Spandau an. Für Wegner bilden wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung eine Einheit. Diese Überzeugung vertritt er bei seiner Arbeit im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie konsequent. Als Familienvater ist ihm auch das Thema Kinderschutz besonders wichtig. Wegner belegt Platz fünf der Landesliste für die Bundestagswahl 2009.

6 Vera Lengsfeld

Die DDR-Bürgerrechtlerin und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes tritt als Direktkandidatin der CDU für Friedrichshain-Kreuzberg an. Lengsfeld will sich als Bundestagsabgeordnete insbesondere dafür



einsetzen, dass der Haushalt konsolidiert und die Leistungsträger in Deutschland entlastet werden. Die 57-jährige ist auf Platz sechs der Landesliste für die Bundestagswahl 2009 vertreten.

7 Dr. Jan-Marco Luczak

Der Jurist wurde 1975 in Berlin geboren und wuchs in Tempelhof auf. Als Direktkandidat für Tempelhof-Schöneberg möchte Luczak Politik vor Ort und nicht vom grünen Tisch aus machen. Luczak tritt für ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept für den Flughafen Tempelhof ein. Darüber hinaus ist ihm die Sicherheit der Menschen in Schöneberg wichtig. Der Tempelhof-Schöneberger belegt Platz sieben der Landesliste für die Bundestagswahl.

8 Dr. Christian Burholt

Der 36-jährige Rechtsanwalt für Kartellrecht kandidiert für die CDU im Wahlkreis Mitte. Im Deutschen Bundestag will er sich für mehr Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätze, weniger Staatsverschuldung sowie ein sicheres und einfaches Steuerrecht einsetzen. Als Vater von zwei Kindern liegt ihm auch das Thema Familie sehr am Herzen. Burholt wurde auf Platz acht der Landesliste gewählt.

9 Edeltraut Töpfer

Die Direktkandidatin der CDU in Lichtenberg wurde 1949 in Berlin geboren und ist als Richterin am Kammergericht tätig. Als Landesvorsitzende der Frauen-Union Berlin engagiert sich Töpfer insbesondere im Bereich der Frauen- und Familienpolitik. Für ihren Wahlkreis Lichtenberg will sich Töpfer für den Ausbau der Tangentialverbindung Ost einsetzen. Töpfer ist auf Platz neun der Landesliste vertreten.

10 Prof. Dr. Niels Korte

Der 39-jährige selbstständige Rechtsanwalt und Honorarprofessor tritt bereits zum zweiten Mal als Direktkandidat für den Wahlkreis Treptow-Köpenick an. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht eine Politik für Menschen, die Verantwortung für ihr Leben und ihre Familien tragen und ohne viel Aufheben unser Land täglich am Laufen halten. Korte belegt Platz zwölf der Landesliste.

11 Gottfried Ludewig

Mit nur 26 Jahren ist der Diplom-Volkswirt und Doktorand der Technischen Universität Berlin der jüngste Direktkandidat der Berliner CDU. Er kandidiert im Wahlkreis Pankow. Für Ludewig ist eine gute Bildung der Schlüssel zu mehr Chancengleichheit – unabhängig von der Herkunft.

12 Ingo Schmitt

Der 52-jährige gebürtige Charlottenburger ist seit vier Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages und tritt bei der diesjährigen Bundestagswahl erneut als Direktkandidat für Charlottenburg-Wilmersdorf an. Als Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung hat sich Schmitt unter anderem für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses, den Erhalt des ICC und die Sanierung der Museumsinsel eingesetzt. Schmitt tritt dafür ein, den Bahnhof Zoo wieder zum ICE-Halt zu machen.

Besonders günstige Beiträge für CDU-Mitglieder

HDI Versicherungen

Sparen Sie Geld!

Das Angebot exklusiv für CDU Mitglieder:

- Warum sparen Sie Geld bei HDI?
- CDU Mitglieder handeln verantwortungsvoll. Das belohnt HDI mit besonders günstigen Preisen
- Starkes Preis-Leistungs-Verhältnis: HDI arbeitet günstiger als Direktversicherer
- Schnelle und unbürokratische Hilfe im Schadensfall
- Kombi-Sparbeiträge: Beitragsersparnis für Mitglieder bis 27 %

Telefon 0180 2 703703*
Telefax 030 3204-455

*6 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der Dt. Telekom, abweichende Preise aus Mobilfunknetzen möglich.

HDI
Niederlassung Berlin
Stichwort: „CDU“
Krausenstraße 9-10
10117 Berlin

Im Gedenken an die Opfer

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“, belog der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht (SED), die Deutschen noch wenige Wochen vor dem Bau der Berliner Mauer. Was folgte, waren fast drei Jahrzehnte Teilung, Unfreiheit und Schrecken.

auch in diesem Jahr der Opfer des DDR-Grenzregimes. Den Anfang der Veranstaltungsreihe machte eine Podiumsdiskussion über das Frauenzuchthaus Hoheneck. Die Schilderungen ehemaliger Insassinnen ließen die Erinnerungen an die katastrophalen Haftbedingungen, Schikane, Isolations- und Dunkelhaft für



Mit zahlreichen Veranstaltungen rund um den Jahrestag des Mauerbaus gedachte die CDU Berlin der Opfer und mahnte, die Erinnerung an die zweite deutsche Diktatur wach zu halten.

48 Jahre sind vergangen seit jenem 13. August, als das SED-Regime seine Bürger endgültig einsperrte. Mit großem Unmut hatte die Staatsregierung der DDR in den vergangenen Jahren das langsame Ausbluten ihres Arbeiter- und Bauernstaates beobachtet, nun sollte das letzte verbleibende Schlupfloch in den Westen, West-Berlin, endlich gestopft werden. Doch zahlreiche Bewohner der DDR wollen sich nicht einsperren lassen. Bis 1989 zählt die West-Berliner Polizei 5.075 gelungene Fluchten und registriert 1.709 Schüsse von DDR-Grenzsoldaten auf Flüchtlinge. Wie viele Menschen bei dem Versuch, in den Westen zu gelangen, starben, wird vermutlich nie vollständig geklärt werden. „Diese Mauer, die fast drei Jahrzehnte lang Menschen voneinander getrennt und Freiheit unter Androhung des Todes verhindert hat, ist zu einem Sinnbild für die menschlichen Abgründe des SED-Systems geworden“, erklärt der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel. Mit zahlreichen Veranstaltungen gedachten die Berliner Christdemokraten

die Zuhörer greifbar erscheinen. Willkür und Unmenschlichkeit der SED-Diktatur beschreibt auch die DDR-Bürgerrechtlerin und CDU-Bundestagskandidatin Vera Lengsfeld in ihrer Autobiographie „Mein Weg zur Freiheit“. Bei der Lesung und anschließenden Diskussion im Café Sybille wurde nur zu deutlich, wie in der DDR Menschen behandelt wurden, die es wagten, von der Staatsdoktrin abzuweichen. Der an der Mauer Getöteten gedachte die CDU Berlin mit Kranzniederlegungen an der Gedenkstätte Berliner Mauer und am Mahnmahl für Peter Fechter. Mit der traditionellen Lichterkette der CDU Steglitz-Zehlendorf auf der Glienicker Brücke fand die Veranstaltungsreihe ihren Abschluss. CDU-Chef Henkel nahm den Jahrestag zum Anlass, einen Gedenkort für die Freiheitskämpfer zu fordern: „Den Opfern des SED-Regimes gebührt das ehrende Andenken aller Deutschen. Sie, die ihr Leben für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gaben, haben mit ihrem Kampf die Mauer erschüttert.“ Die CDU Berlin fordert, einen Gedenkort in Berlins Mitte in ehrender Erinnerung an die Freiheitskämpfer, so Henkel. Ein möglicher Name für den Platz wäre „Platz des 9. November 1989“, erklärte der CDU-Vorsitzende, „denn an diesem Tag haben sie gesiegt“.

Tatsache ist ...

Gerade während des Wahlkampfes sind eine Menge Versprechen, Forderungen und Behauptungen im Umlauf. Die BERLINER RUNDSCHAU hat sich einige davon einmal genauer angesehen und erklärt, was dahinter steckt.

Das sagen SPD, Grüne und Linke: „Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn.“

Tatsache ist: Die Forderung nach einem Mindestlohn klingt auf den ersten Blick sehr sozial. Schaut man aber genauer hin, wird schnell deutlich, dass ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn den Menschen in Deutschland mehr schaden als helfen würde. Wissenschaftliche Studien belegen, dass durch einen Mindestlohn bis zu eine Million Arbeitsplätze, insbesondere für gering Qualifizierte und Berufseinsteiger, vernichtet werden würden. Gleichzeitig würden die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen um bis zu 40 Prozent steigen. In Frankreich hat die Einführung eines Mindestlohns bereits zu einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit geführt. Aus diesen Gründen setzen sich CDU und CSU – statt für einen Mindestlohn – für ein Mindesteinkommen ein, das Arbeitsplätze erhält und neu Jobs ermöglicht. Durch eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen soll das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen gesichert werden. Denn für die Union steht fest: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet.

Tatsache ist auch: Während die SPD einen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro und die LINKE sogar 10 Euro fordert, beschäftigt der rote Senat in Berlin Wachpersonal für 5,25 Euro pro Stunde.

Das sagt die SPD: Mit Hinblick auf die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise heißt es im Wahlprogramm der SPD: „Der Marktradikalismus ist weltweit gescheitert und damit auch die Politik maßgeblicher Teile von Union und FDP.“

Tatsache ist: Diese Behauptung ist der äußerst durchsichtige Versuch der SPD, von der eigenen Verantwortung abzulenken. Denn es war ausgerechnet die SPD, die während ihrer Regierungskoalition mit den Grünen die Deregulierung der Finanzmärkte vorangetrieben hat. So hat Rot-Grün beispielsweise 2004 den Weg für Hedge-Fonds frei gemacht.

Tatsache ist auch: Die Union steht nicht für Marktradikalismus – wie die SPD behauptet – sondern setzt seit jeher auf die Soziale Marktwirtschaft, zu deren Grundlagen neben der Sicherstellung eines freien und fairen Wettbewerbs vor allem auch Verantwortung gehört. Denn wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen. Um künftig eine Wiederholung der globalen Krise zu verhindern, kämpft Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür, dass genau diese Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft international verankert werden.

Das sagt die SPD: „Wir wollen eine Börsenumsatzsteuer in Höhe von 0,5 bis 1,5 Prozent des Kurswertes auf Wertpapiergeschäfte ab einem Umsatz von 1.000 Euro einführen.“

Tatsache ist: Die SPD tut so, als wolle sie mit dieser Steuer die reichen Spekulanten zur Kasse bitten. In Wirklichkeit belastet die Börse-

umsatzsteuer aber die breite Mitte der Bevölkerung. Viele, die für ihre Altersvorsorge einen Riester-Sparvertrag auf Aktienfonds-Basis abgeschlossen haben, müssten nach Willen der SPD eine zusätzliche Steuer zahlen. Das gilt auch für betriebliche Altersvorsorgeunternehmen oder Lebensversicherer, die das Geld ihrer Kunden in Wertpapieren anlegen. Die Folgen spüren die Bürger erst, wenn es zur Auszahlung der Renten oder der Lebensversicherung kommt und dann deutlich wird, dass die ausgezahlten Beträge dank der SPD-Steuer viel niedriger ausfallen als geplant.

Das sagen die Grünen: „Die CDU hat ein antiquiertes Familienbild. Sie ist gesellschaftspolitisch rückständig.“

Tatsache ist: Während ihrer sieben Jahre in der Bundesregierung haben SPD und GRÜNE so gut wie nichts im Sinne einer modernen Familienpolitik getan. Erst mit Angela Merkel und Ursula von der Leyen (beide CDU) hat die Gleichstellungs- und Familienpolitik in Deutschland eine echte Aufwertung erfahren. Der massive Ausbau der Kinderbetreuungsplätze sowie die Einführung des Elterngeldes haben mehr Wahlfreiheit für Familien geschaffen. In Umfragen bestätigt eine deutliche Mehrheit der befragten Eltern, dass sich die Bedingungen für Familien mit Kindern seit Antritt der CDU-geführten Bundesregierung verbessert haben.

Das sagt die SPD: „Staatliche Leistungen müssen sich am wirklichen Leben und den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Ein Betreuungsgeld [...] wird es darum mit uns nicht geben“, heißt es im Deutschland-Plan des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier.

Tatsache ist: Herr Steinmeier hat am 30. April vergangenen Jahres – ebenso wie alle anderen SPD-Bundesminister – persönlich für die Einführung des Betreuungsgeldes gestimmt. Nun, gut ein Jahr später, will er plötzlich nichts mehr davon wissen. Verlässliche Politik sieht anders aus.

Das sagen die Grünen: „Die CDU ist die Partei der Kernkraft und der Atomlobbyisten. Sie will Kernkraftwerke weiter betreiben und neue Meiler bauen.“

Tatsache ist: Die CDU betrachtet Kernkraft lediglich als Brückentechnologie bis zu dem Zeitpunkt, zu dem regenerative Energien wie Wind-, Wasser- und Sonnenenergie in ausreichendem Maße und zu bezahlenden Preisen vorhanden sind. Bei einem Ausstieg zu einem früheren Zeitpunkt wäre Deutschland für eine zuverlässige Stromversorgung womöglich von ausländischen Energielieferanten abhängig, die selbst ihren Strom aus der Kernkraft gewinnen, dabei teilweise aber über deutlich schlechtere Sicherheitsstandards verfügen als deutsche Kernkraftwerke. Für die CDU stehen Sicherheit, Zuverlässigkeit und Bezahlbarkeit im Vordergrund. Den Neubau von Atomkraftwerken lehnt die CDU klar ab.

DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Großkopfstraße 6-7, 13403 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax: 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Mitte

Wallstr. 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: cdukv0509@aol.com
Internet: www.cduberlinmitte.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: cdu-lichtenberg@t-online.de
Internet: www.cdulichtenberg.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: cdu_tempelhof@t-online.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoenberg.de

Neukölln

Donastr. 100, 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

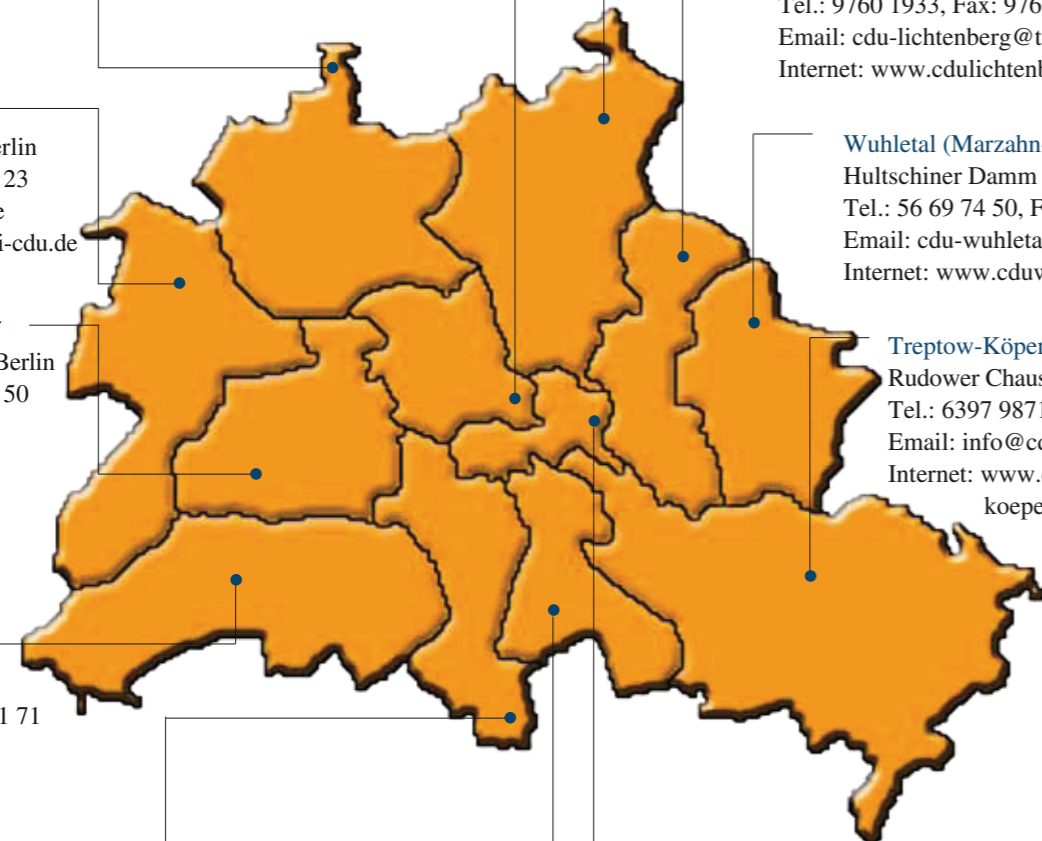
Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: cdukv0502@aol.com
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Hultschiner Damm 24, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: cdu-wuhletal@t-online.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Treptow-Köpenick

Rudower Chaussee 12, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de



Benefizkonzert der Unionhilfswerk-Stiftung

Freitag, 9. Oktober, 18 Uhr

Französische Friedrichstadtkirche
am Gendarmenmarkt

zugunsten des hospizlichen Engagements

mit dem

Neuen Sinfonieorchester Berlin



Karten 18,50 – 28,50 – 38,50 Euro

☎ 4 22 65-810 | benefizkonzert@unionhilfswerk.de

www.stiftung.unionhilfswerk.de



Yoshiaki Shibata (Violine)



Gabriele Prahm (Sopran)



Klaus Siebers (Bassbariton)



Marvin Scott (Tenor)



AUS DEM BUNDESTAG

Vorbildlich: Kinder- und Familienzentrum „Schalassch-Ost“

Mitte August besuchte Monika Grütters (im Bild mit einem jungen Nutzer des Computerangebots im Jugendklub) das Kinder- und Familienzentrum „Schalassch-Ost“ und machte sich ein Bild von der Bildungs- und Jugendarbeit, die dort mit großem Engagement geleistet wird. Bereits im Jahr 2007 wurde „Schalassch – Ost“ durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Rahmen des Programms „Gut Drauf“ zertifiziert. So wird ein regelmäßiger Mittagstisch angeboten, den täglich bis zu 40 Kinder und Jugendliche in Anspruch nehmen. Die Einrichtung, die ohne Zuschüsse des Bezirks auskommen muss, beeindruckte die Abgeordnete: „Das Schalassch Ost mit all seinen ehrenamtlichen Helfern bemüht sich vorbildlich um die ganzheitliche Integration von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern als aus Russland nach Deutschland zurückgekehrt sind. Das verdient großen Respekt. Die zuständigen Stellen im Bezirk sollten zukünftig über eine stärkere Berücksichtigung dieser beispielhaften Einrichtung bei der Förderung nachdenken.“



S-Bahn-Chaos: „Was wusste Minister Tiefensee?“

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann hat von Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) schriftlich die Aufklärung des S-Bahn-Skandals verlangt: „Es ist zu klären, ob die beteiligten Stellen das Land Berlin ins Messer laufen lassen.“ Bei der Berliner S-Bahn sei offenbar die Sicherheit vernachlässigt worden. Das zeigten die gravierenden Vorkommnisse der Vergangenheit. Das Eisenbahnbundesamt müsse von dem anwachsenden Rückstau bei der Wartung gewusst haben. Wurde die zuständige Senatsverwaltung tatsächlich nicht informiert? Verkehrsminister Tiefensee hat die Aufsicht



über das Eisenbahnbundesamt. „Es muss geklärt werden, inwieweit Minister Tiefensee für die S-Bahn-Misere mitverantwortlich ist“, so Wellmann.

„Die Unfähigkeit bei der Berliner S-Bahn und gegebenenfalls die Verantwortlichkeiten bei den Aufsichtsbehörden müssen rückhaltlos aufgeklärt werden“, fordert der CDU-Politiker.

Herzenssache: Kinderschutzmobil für Spandau

Gerade als Vater weiß der Bundestagsabgeordnete Kai Wegner, dass es nichts Schöneres gibt als strahlende und neugierige Kinderaugen. Aus diesem Grund will er nicht akzeptieren, dass es so vielen Kindern in unserem Land nicht vergönnt ist, in einem glücklichen und zufriedenen Umfeld aufzuwachsen, eine gute Bildung zu erhalten und den Weg in eine gesicherte Zukunft geebnet zu bekommen. So wurde bei ihm die Idee geboren, ein mobiles Beratungs-, aber insbesondere auch Informationsangebot zu schaffen. Gemeinsam mit dem erfahrenden Träger der Jugendhilfe „Sozial-kulturelle Netzwerke casa e. V.“ hat Kai Wegner (auf dem Bild zusammen mit Volker Karstens) das Konzept des berlinweit ersten Präventionsbusses „Mobiler Kinderschutz“ entwickelt. Maßgeblich zur Verwirklichung beigetragen hat der Verein „Bild hilft e. V. - Ein Herz für Kinder“, der die Anschaffung des kompletten Kleinbusses finanzierte. Zusätzliche finanzielle



Bahnhof Zoo wieder ans Fernbahnnetz

Unterstützung erhält das Projekt von der Firma BMW und den Spandau Arkaden. Nach wie vor offen ist die Frage, ob und wann der Bahnhof Zoo wieder ans Fernbahnnetz angeschlossen wird. Erste Sondierungen bei dem neuen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Dr. Grube, lassen nicht klar erkennen, wohin die Reise gehen soll. Der Charlottenburg-Wilmersdorfer Bundestagsabgeordnete Ingo Schmitt hält es für einen untragbaren Zustand, dass der Südwesten der Stadt weiter abgekoppelt bleiben soll. „Ich werde hier nicht locker lassen.“

In anderen Teilen der Republik halten die ICEs mitunter an jeder Milchkanne. Der Bahnhof Zoo hingegen ist für die Hauptstadt ein Knotenpunkt, der mehrere hunderttausend Menschen bedient“, so Schmitt.



Steuererleichterungen beschlossen

Kurz vor der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag das Bürgerentlastungsgesetz verabschiedet. Es bringt durch die höhere steuerliche Abziehbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen eine Entlastung um knapp 10 Mrd. Euro jährlich. Das ist die größte Steuersenkung dieser Wahlperiode. Gleichzeitig wurden für Unternehmen Entlastungen im Umfang von knapp vier Mrd. Euro beschlossen. Dies stärkt vor allem kleinere und mittlere Unternehmen und sichert Arbeitsplätze. Seine letzte Bundestagsrede beschloss Peter Rzepka, Berichterstatter für die Unternehmensbesteuerung: „Die Ergebnisse unserer gesetzgeberischen Arbeit könnten besser werden, wenn wir insgesamt weniger Gesetze beschließen würden. Ich wünsche dem nächsten Bundestag, dass seine Gesetze wieder mehr Planungssicherheit geben und mehr Akzeptanz finden.“



Die Landesgruppe der fünf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten:

Prof. Monika Grütters ist Spitzenkandidatin der CDU-Berlin für die Bundestagswahl und hat ihren Wahlkreis in Marzahn-Hellersdorf, sie ist Obfrau der CDU/CSU-Fraktion für Kultur und Medien. Karl-Georg Wellmann, zweiter der CDU-Liste, will wieder sein Direktmandat im Wahlkreis Steglitz –Zehlendorf gewinnen; er ist Fachmann für Außenpolitik, Bauen und Umweltschutz. Der jüngste MdB, Kai Wegner, ist zugleich Landesgruppenvorsitzender, Wirtschaftsfachmann und Spandauer Kandidat, sowie auf Platz 5 der Liste. Ingo Schmitt, Direktkandidat in Charlottenburg-Wilmersdorf, ist ausgewiesener Verkehrsexperte. Peter Rzepka, Tempelhof-Schöneberg, zeichnet sich durch den unermüdlichen Einsatz für seinen Bezirk aus und kandidiert nicht wieder.

Union vor Ort

CDU gratuliert Hallervorden

Der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende, **Frank Henkel**, sowie der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, **Dr. Uwe Lehmann-Brauns**,



und der Kreisvorsitzende von Steglitz-Zehlendorf, **Michael Braun**,

gratulierten Dieter Hallervorden zur Wiedereröffnung des Schlossparktheaters. Die CDU-Politiker kritisierten allerdings die „Theaterabwicklungspolitik“ des Senats.

Schleyer und von Richtofen unterstützen Dr. Frank Steffel

Der Wahlkampfauftakt des Reinkendorfer Bundestagskandidaten **Dr. Frank Steffel** (Foto rechts) fand mit über 300 begeisterten Besuchern erstmals in einem Kino statt. Unterstützt durch den Ehrenpräsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes, **Manfred von Richtofen** (links), und den Generalsekretär des Deutschen Handwerks,



Hanns-Eberhard Schleyer (Mitte), unterstrich Frank Steffel die Bedeutung von Sport und Ehrenamt sowie des Mittelstands für seine politische Arbeit. Die Videos von Frank Steffel und weitere Informationen unter www.frank-steffel.de.

Der CDU-Renner

Jeden Sonntag machen sich **Prof. Dr. Niels Korte**, Bundestagskandidat in Treptow-Köpenick, und sein Team auf, um im Wahlkreis Treptow-Köpenick von Ortsteil zu



Ortsteil zu laufen. Im Laufschrift verteilen Korte und sein Team Müsliriegel mit dem Slogan „Voller Energie für das Berlin, das früh aufsteht“ und Infoflyer an Passanten und Sportler.

Mehr!- Generationenhäuser

Der CDU-Bundestagsdirektkandidat für den Wahlkreis Mitte, **Dr. Christian Burholt**, besuchte gemeinsam mit Familienministerin **Dr. Ursula von der Leyen** das Berliner Mehrgenerationenhaus in Moabit. Gerade in innerstädtischen Bezirken, wo traditionelle



Familienverhältnisse oft nicht mehr vorherrschen, werden Mehrgenerationenhäuser gebraucht. Das Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist hier vielfältig, Eltern erhalten Unterstützung bei der Kindererziehung und den Senioren wird die Chance eröffnet, Zeit mit Kindern und jüngeren Erwachsenen zu verbringen und ihre Lebenserfahrung und ihr Wissen weiterzugeben. Burholt kündigte an, sich im Deutschen Bundestag für weitere Mehrgenerationenhäuser im Bezirk einzusetzen.

„Mitte lebenswert“

Die CDU Mitte will dem demographischen Wandel Rechnung tragen. Die Mitte der Hauptstadt ist kultureller Anziehungspunkt,

touristisches Zentrum – aber auch Lebensraum! Deshalb arbeiten die Vertreter der Arbeitskreise „Stadtentwicklung, Bau und Verkehr“, **Dominique Vollmar**, sowie des AK „Familie Jugend und Senioren“, **Diane Dierking**, an dem Projekt „Bewegungsraum im Tiergarten“. Die CDU-Vertreter sagen: „Wie das gelungene Beispiel im Preussenpark in Wilmersdorf zeigt,



besteht Bedarf und eine hohe Akzeptanz für „Bewegungsräume“ für ältere Erwachsene.“

Gleicher Lohn für Mann und Frau

Zu diesem Thema diskutierte der Landesverband der Frauen-Union gemeinsam mit dem CDU-Kreisverband Mitte sowie der CDA unter der Moderation von **Dr. Kamilla Bühring**. Die Diskussionsteilnehmer und -teilnehmerinnen waren sich mit der Referentin des Abends, **Heide Pfaff** (IHK), darin



einig, dass dafür gesorgt werden müsse, dass typisch weiblich besetzte Berufsfelder, beispielsweise im Pflegebereich, nicht nur eine tarifliche Neubewertung erfahren, sondern auch in der Öffentlichkeit mit der ihnen gebührenden Wertschätzung wahrgenommen werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die verstärkte innerbetriebliche Selbstkontrolle der Arbeit-

geber angemahnt. Junge Frauen sollten, wie auch von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** gefordert, mit mehr Selbstbewusstsein und Eigeninitiative in das Berufsleben eintreten.

Malerischer Schlachtensee

Mit den Augen des Malers **Walter Leistikow** die Landschaft neu entdecken war das Anliegen der diesjährigen Sommerwanderungen der



CDU Nikolassee/Schlachtensee/Krumme Lanke. Berlinweit kamen die Teilnehmer an den Schlachtensee, um unter Leitung des Ortsvorsitzenden **Frank Mückisch** bis zum Dianasee den bevorzugten Motiven Leistikows nachzuspüren, dabei wurde auch die aktuelle politische Situation an Schlachtensee und Krumme Lanke angesprochen. Ziel des Ortsverbandes ist es, dass entlang der Seenkette einmal ein Berliner Malerweg als Wanderweg entsteht.

Mauergedenken

Der Landesverband der CDU beteiligte sich an der traditionellen Lichterkette auf der Glienicker Brücke zur Mahnung an den Tag des Mauerbaus. Im Bild v.l.n.r.: Der Bundestagsabgeordnete **Karl-Georg Wellmann**, der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses **Dr. Uwe Lehmann-Brauns** und der Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Berlin **Frank Henkel**.



DAS RUNDSCHAU-RÄTSEL



In das Gebäude hinter ihr will Monika Grütters, unsere Spitzenkandidatin für die Wahl zum Deutschen Bundestag, auch nach dem 27. September wieder als Abgeordnete einziehen. Der Bau wurde zwischen 1884 und 1894 von dem Architekten Paul Wallot realisiert. Durch den Reichstagsbrand von 1933 sowie im Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude schwer beschädigt und in den 1960er Jahren

in modernisierter Form wiederhergestellt. Nach der deutschen Wiedervereinigung fand noch einmal eine grundlegende Umgestaltung statt, in deren Zuge das Reichstagsgebäude seine moderne Glaskuppel erhielt. Eine weitere Umgestaltung haben wir nun vorgenommen – aber natürlich nur graphisch.

Finden Sie die sechs Unterschiede zwischen den beiden Bildern und

gewinnen Sie mit ein wenig Glück einen Gutschein für das Kulturkaufhaus Dussmann im Wert von 50 Euro. Einsendeschluss ist der 21. September.

Für die richtige Lösung des letzten Rundschau-Rätsels darf sich Jürgen Steinicke über zwei Karten für ein Heimspiel der Berliner Eisbären freuen. Herzlichen Glückwunsch!



Fit für das Mandat: Hilfe aus der Praxis für die Praxis

Hier finden Sie das aktuelle Programm www.kbb-berlin.de

Und so erreichen Sie uns:

**Kommunalpolitisches Bildungswerk Berlin e.V. (KBB)
Paul-Lincke-Ufer 8b
10999 Berlin
Tel. (030) 204 509 32**

info@kbb-berlin.de

**Der KBB-Vorstand:
Tim-Rainer Bornholt
Jürgen Vogt
Volker Liepelt
Verena Butalikakis
Frank Henkel**

HERAUSGEBER UND VERLAG

CDU-Landesverband Berlin
Wallstraße 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONSLEITUNG:
Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR:
Dirk Reitze

REDAKTION:
Ada Wendel, Melanie Groll

LAYOUT:
BerlinMedia GmbH
www.berlinmedia.de

PRODUKTION:
Verlag ante portas

BILDNACHWEIS:
von oben links nach unten rechts:
S. 1: Reitze, privat, CDU-Deutschlands;
S. 2: Reitze, SPD;
S. 3: Reitze, privat;
S. 4, 5: Reitze;

S. 6, 7: CDU-Deutschlands;
S. 8, 9: Composing Groll;
S. 10, 11: Reitze;
S. 13: privat, Reitze;
S. 14: Reitze, Weser, privat;
S. 15: privat;

S. 16: Reitze, CDU-Fraktion Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal



Kampagne gegen rot-rotes Schüler-Lotto

Mit einer eigenen Kampagne zum Thema Bildung leistet die Berliner CDU ihren Beitrag zum diesjährigen Bundestagswahlkampf. „Für uns steht Bildung auf Platz 1, deshalb haben wir das Thema in den Mittelpunkt unserer Kampagne gestellt“, erklärt der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel. Insbesondere die kürzlich vom rot-roten Senat beschlossene Schulstrukturreform, die eine Losquote von 30 Prozent bei

der Vergabe von Gymnasialplätzen vorsieht, ist Gegenstand der Kampagne. „Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Kinder – deshalb darf gute Bildung keine Glückssache sein“, betont Henkel. Bereits seit Beginn des neuen Schuljahres hängen vor den Berliner Schulen „Schulanfänger-Plakate“ der CDU, die Autofahrer auf die jungen Verkehrsteilnehmer aufmerksam machen sollen. Zum Start in die heiße Wahlkampfphase werden dann in der ganzen Stadt großformatigen Werbetafeln zu sehen sein, die wie ein Notizzettel gestaltet sind. Darauf eine Nachricht für die kleine Isabella, die rechts oben abgebildet ist: „Mein kleiner Liebling, für deine Zukunft viel Erfolg beim Lernen und kein rot-rotes Schüler-Lotto.“ Isabella ist eine waschechte Berlinerin, die in wenigen Jahren hoffentlich auf eine bessere Berliner Bildungspolitik trifft, als es gegenwärtig unter Rot-Rot der Fall ist.

Teil der Kampagne der CDU Berlin ist außerdem ein Radio-Werbespot, der im Vorfeld der Bundestagswahl gesendet wird. Darin muss Isabella, stellvertretend für alle Berliner Schülerinnen und Schüler erleben, wie es sein könnte, wenn die eigene Zukunft vom Losglück abhängt. „Das rot-rote Schüler-Lotto ist Verrat an der Zukunft unserer Kinder“, erklärt CDU-Chef Henkel, „Die Berliner CDU setzt sich für Chancen- und Leistungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler ein. Man kann Zukunft nicht einfach verlosen“.

CDU setzt Akteneinsicht gegen Senat durch

Auf einmal geht es doch. Die Berliner CDU-Abgeordneten Florian Graf (rechts im Bild) und Uwe Goetze erhalten jetzt Einblick in die zunächst unter Verschluss gehaltenen Akten zur Vermietung des Flughafens Tempelhof an die Modemesse BREAD & Butter. Nachdem der Berliner Verfassungsgerichtshof aufgrund der Klage der Abgeordneten beim Senat angefragt hatte, warum dieses grundlegende Kontrollrecht den Parlamentariern nicht gewährt werden sollte, wird es jetzt doch zur Einsichtnahme kommen.



Die Anbahnung und der Abschluss des Mietvertrages zwischen dem Land Berlin und der Modemesse sind zu einem Symbol für eine intransparente und selbtherrliche Politik des Regierenden Bürgermeisters Wowereit geworden. Die CDU-Abgeordneten Graf und Goetze werden die Akten nun im Benehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen zeitnah einsehen. Es werde sich dann zeigen, so die CDU-Politiker, ob die Akteneinsicht weitere Anhaltspunkte für eine gegebenenfalls nichtöffentlich stattfindende Aufarbeitung des Vorgangs in den zuständigen Ausschüssen des Parlaments bietet.



Briefwahl - geschickt gewählt

Sorgen Sie dafür, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt, wählen Sie schon heute mit beiden Stimmen CDU – ganz einfach per Briefwahl. Dazu müssen Sie nur das entsprechende Formular, das Sie mit Ihrer Wahlbenachrichtigung erhalten haben, ausfüllen und an das für Ihren Bezirk zuständige Wahlamt senden. Sie haben auch die Möglichkeit, Ihren Briefwahantrag per Brief, Fax oder E-Mail bei Ihrem Bezirkswahlamt oder im Internet unter www.wahlen-berlin.de zu stellen.

Die Frist zur Beantragung der Briefwahlunterlagen endet am 25. September 2009 um 18:00 Uhr. Briefwahl „geht“ übrigens auch „zu Fuß“: Bringen Sie Ihre Wahlbenachrichtigung und Ihren Personalausweis mit und wählen Sie direkt vor Ort in einer für Sie zuständigen Briefwahlstelle.

